

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 17. Mai 1957

Blatt 877

Untersuchung des Straßenbahnunglücks noch nicht abgeschlossen

=====

17. Mai (RK) Die Untersuchung des Unglückswagens durch die Aufsichtsbehörde hat gestern den ganzen Tag bis spät abendsgedauert. Die elektrischen und mechanischen Prüfungen wurden gründlich durchgeführt, elektrische Messungen vorgenommen und Bremsproben mit dem unversehrten Schaltkasten des Triebwagens gemacht. Der Leiter der Untersuchungskommission, Ministerialrat Müller, erklärte am Abend die Untersuchung als noch nicht abgeschlossen.

- - -

Rindernachmarkt vom 16. Mai

=====

17. Mai (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 1 Ochse, 4 Stiere, 33 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 42. Verkauft wurden 1 Ochse, 4 Stiere, 24 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 33. Unverkauft blieben 9 Kühe.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 16. Mai

=====

17. Mai (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 116. Verkauft alle.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Alma Johanna König-Ausstellung bis 1. Juni
=====

17. Mai (RK) Wegen des großen Interesses an der gegenwärtigen in der Wiener Stadtbibliothek gezeigten Ausstellung über die Dichterin Alma Johanna König wird die Dauer der Ausstellung auf weitere zwei Wochen erstreckt. Die Ausstellung ist nunmehr bis zum 1. Juni bei freiem Eintritt im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek, Rathaus, Stiege 4, 1. Stock, zugänglich. Sie ist Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 8.30 bis 11.30 Uhr geöffnet.

- - -

Wiener Stadion bekommt eine Ehrenhalle
=====

17. Mai (RK) Mit dem Ausbau des Wiener Stadions konnte auch dem Wunsche des Osterreichischen Fußballbundes nach repräsentativen Räumen für offizielle Stadionbesucher entsprochen werden. Diese Räumlichkeiten bestehen aus einem Empfangsraum mit Buffet, einer Ehrenhalle und einer große Loge für offizielle Gäste im ersten Rang des B-Sektors.

Die Repräsentationsräume sind im Rohbau fertiggestellt. Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten konnte nun die ersten Aufträge für die Innenausgestaltung vergeben. Die Ehrenhalle mit ihren Nebenräumen wird mit der Fertigstellung der Aufstockung des B-Sektors ihrer Bestimmung übergeben.

- - -

Wiener Landtag

=====

17. Mai (RK) Unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Marek trat heute um 11 Uhr der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Präsident Marek teilte eingangs mit, daß Bürgermeister Jonas nach erfolgreicher Operation vollkommen hergestellt ist und sich derzeit auf Erholungsurlaub befindet. Der Bürgermeister wird am 1. Juni seine Amtsgeschäfte wieder übernehmen und an diesem Tage aus Anlaß der Eröffnung der Wiener Festwochen 1957 auf dem Wiener Rathausplatz sprechen.

Trauerkundgebung für die Opfer des Straßenbahnunglücks

Sodann gedachte Präsident Marek der bedauernswerten Opfer des Straßenbahnunglückes. Er sagte: "Mit großer Trauer haben wir erfahren, daß bei diesem Unglück, das Gegenstand einer Untersuchung durch die Aufsichtsbehörde des Verkehrsministeriums ist, drei Bürger unserer Stadt ums Leben gekommen und eine große Anzahl von Menschen zum Teil schwer verletzt worden sind. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Honay hat sofort gestern früh die Verletzten im Spital aufgesucht und bei dieser Gelegenheit auch den Ärzten und dem Pflegepersonal für die aufopfernde Hilfe gedankt. Darf ich von dieser Stelle aus den Familienangehörigen der tödlich Verunglückten die mitfühlende Anteilnahme des Wiener Landtages zum Ausdruck bringen und den Verletzten recht baldige Wiederherstellung ihrer Gesundheit wünschen!" Die Abgeordneten des Landtages hatten sich während dieser Ausführungen zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Präsident Marek teilt sodann mit, daß der Abgeordnete Peter Bucher (ÖVP), der über Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien wegen Verdachtes der Übertretung nach § 19, Abs. 2 Pressegesetz ausgeliefert worden war, gemäß der Strafprozeßordnung freigesprochen wurde.

Die Abgeordneten Mühlhauser, Hiltl, Mazur und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag betreffend Novellierung des Wiener Tierschutzgesetzes eingebracht, der dem Gemeinderatsausschuß X zur weiteren Behandlung zugewiesen wird.

Neues Feuerpolizei- und Feuerwehrgesetz

Stadtrat Afritsch (SPÖ) referierte sodann den Entwurf eines Gesetzes über die Feuerpolizei in Wien (Wiener Feuerpolizeigesetz). Er stellt fest, daß die augenblicklich noch gültige Feuerpolizeiordnung bereits vor 65 Jahren erlassen wurde. Dieses Gesetz gilt jedoch nur in jenen Teilen Wiens, die schon vor Oktober 1938 zu unserer Stadt gekommen sind. In den eingemeindeten Stadtteilen gilt die niederösterreichische Feuerpolizeiordnung. Außerdem hat der Magistrat eine große Zahl von lokalpolizeilichen Vorschriften und Durchführungsverordnungen erlassen. Eine Neuregelung war daher unerläßlich.

Im einzelnen nimmt das neue Gesetz auf die weitere Entwicklung der Technik und die Fortschritte bei der Brandbekämpfung Bedacht, sodaß in mancher Hinsicht eine Milderung der bisherigen Bestimmungen eintritt. Außerdem dient das Gesetz der Rechtsvereinheitlichung und Rechtsvereinfachung, indem an die Stelle mehrerer verstreuter, vor allem lokalpolizeilicher Rechtsvorschriften ein einheitliches Gesetzeswerk treten soll. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen alle bisher geltenden Vorschriften aufgehoben werden.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Im Anschluß daran referierte Stadtrat Afritsch eine Gesetzesvorlage über die Einrichtung und die Aufgaben der Feuerwehr im Lande Wien (Wiener Feuerwehrgesetz). Bisher wurde dies in der Feuerpolizeiordnung für Wien und in der Feuerpolizeiordnung für Niederösterreich gemeinsam mit den Bestimmungen über die Verhütung und Bekämpfung von Bränden behandelt. In Wien wird die Bekämpfung von Bränden in erster Linie von der gut ausgebildeten, modern ausgestatteten und schlagkräftigen Feuerwehr der Stadt Wien durchgeführt. Daneben gibt es aber Betriebsfeuerwehren und vor allem in den Randgebieten als wertvolle Ergänzung der Berufsfeuerwehr auch Freiwillige Feuerwehren, deren Organisation durch das neue Gesetz geregelt wird. Eine derartige Freiwillige Feuerwehr besteht in Breitenlee und Süßenbrunn. Die beiden Löschmannschaften sind schon heute mit modernen Geräten und Ausrüstungsgegenständen der Stadt Wien versehen.

Abg. Hausner (VO) wirft die Frage auf, warum in diesem Gesetz so ausführliche Bestimmungen für die Schaffung der Freiwilligen Feuerwehr enthalten sind. Man gewinnt die Auffassung, daß man unbedingt eine Freiwillige Feuerwehr schaffen will. Es komme aber in Wien in allererster Linie auf die Höhe des Mannschaftsstandes und die technische Ausrüstung der Berufsfeuerwehr an.

In seinem Schlußwort gibt Stadtrat Afritsch die Erklärung ab, daß nicht die geringste Absicht besteht, die Berufsfeuerwehr in eine Freiwillige Feuerwehr umzuwandeln, es soll im Gegenteil der technische Stand der Feuerwehr verbessert werden. Wir werden uns bemühen, die Schlagkraft der Feuerwehr in jeder Hinsicht zu verbessern. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der VO angenommen.

Ein modernes Theatergesetz

Über die Theatergesetznovelle 1957 berichtet hierauf Stadtrat Mandl. Wie er ausführte, soll mit dieser Novelle der technischen Entwicklung der letzten Jahre Rechnung getragen und entsprechende Bestimmungen hinsichtlich der Anordnung der Sitz- und Stehplätze, hinsichtlich der Beleuchtung und elektrischen Einrichtung und der Schaffung von Großanlagen für Vergnügungszwecke - wie der Stadthalle - erlassen werden. Damit soll unter anderem der Sicherheit des Zuschauers auch bei Katastrophenfällen gewährleistet werden.

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Hierauf referierte Stadtrat Riemer über die Änderung des Gesetzesbeschlusses vom 15. Februar 1957, betreffend die Gewährung von Ruhe(Versorgungs)genüssen an ehemalige Empfänger von Ruhe(Versorgungs)genüssen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien, bzw. zu einem Rechtsträger, dessen Aufgaben von der Stadt Wien übernommen worden sind. Mit dieser Gesetzesänderung wird lediglich einem Einwand der Bundesregierung gegen das Stammgesetz vom Februar, die Landeslehrer betreffend, Rechnung getragen.

Die Vorlage wurde ohne Debatte einstimmig verabschiedet.

Keine Verhandlungen um neue Straßenbahntarife

=====

17. Mai (RK) Eine Wiener Morgenzeitung berichtet heute über Vorschläge für eine Reform des Tarifsystems der Wiener Verkehrsbetriebe. Die Beratungen der Expertenkommission, die sich angeblich mit dieser Reform beschäftigt, werden dabei als Geheimdiplomatie bezeichnet, und es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß die Öffentlichkeit mit Beschlüssen überrascht werden solle.

Dazu erfährt die "Rathaus-Korrespondenz" vom Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger, daß eine Expertenkommission, über die er bei den letzten Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat referierte, im März ihre Arbeit begonnen hat. Die Kommission beschäftigt sich jedoch ausschließlich mit innerbetrieblichen Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben. Es war schon bei der Schaffung der Kommission nicht beabsichtigt, sie mit Tariffragen zu befassen. Die Beratungen sind vertraulich. Wenn Ergebnisse vorliegen, so müssen diese selbstverständlich zunächst dem zuständigen Gemeinderatsausschuß, dem Stadtsenat und dem Wiener Gemeinderat als den gewählten Vertretern der Wiener Bevölkerung vorgelegt werden.

In dem Zeitungsartikel wird auch von einem kostendeckenden Einheitstarif von drei Schilling gesprochen, der jedoch völlig aus der Luft gegriffen ist, da sich, wie schon erwähnt, die Expertenkommission mit Tariffragen nicht beschäftigt. Überhaupt werden derzeit keine Tarifverhandlungen geführt. Es ist selbstverständlich, daß Tarifregelungen nicht in geheimen Besprechungen sondern in aller Öffentlichkeit von den zuständigen Körperschaften beraten und beschlossen werden müßten.

- - -

Personalnachrichten

=====

17. Mai (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute Obersenatsrat Dr. Leopold Oulehla und Obersenatsrat Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Rudolf Tillmann anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand Dank und Anerkennung ausgesprochen.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

17. Mai (RK) Im Anschluß an die Beratungen des Landtages trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen.

Vorsitzender Marek eröffnet die Sitzung und hält folgende Ansprache, die der Gemeinderat stehend anhört:

Wiener Gemeinderat beglückwünscht Dr. Schärf

Geehrter Gemeinderat! Ich möchte dem am 5. Mai zum Staatsoberhaupt der Republik Österreich gewählten Ehrenbürger unserer Stadt, Herrn Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, die herzlichsten und ehrerbietigsten Glückwünsche des Wiener Gemeinderates zum Ausdruck bringen. Sein Name ist bereits im Goldenen Buch der Stadt Wien eingetragen. Ich bin davon überzeugt, daß sein Name auch in den Herzen aller Österreicher seinen Ehrenplatz finden wird. Unsere besten Wünsche für die Ausübung des hohen Amtes verbinden wir in der Zuversicht, daß es Dr. Schärf als Staatsoberhaupt gelingen möge, die erprobte Zusammenarbeit zu erhalten, um dadurch den Wohlstand unseres Landes zu mehren und zur Erhaltung des Friedens nach innen und außen beizutragen!

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß von der ÖVP eine Anfrage und von der VO drei Anfragen und zwei Anträge vorgelegt wurden.

Der größte Teil der 101 Punkte umfassenden Tagesordnung wird ohne Debatte erledigt.

Über die Verhängung der Bausperre für das Gebiet zwischen Alszeile, Josef Moser-Gasse, Hernaler Hauptstraße und Alsgasse im 17. Bezirk, Dornbach, referiert GR. Fürstenhofer (SPÖ).

GR. Hausner (VO) betont, daß der Sportplatz des Wiener Sportklubs auch nach Aufhebung der zweijährigen Bausperre auf alle Fälle gesichert werden muß.

In seinem Schlußwort verweist GR. Fürstenhofer darauf, daß die Bausperre verhängt wurde, um eben richtig planen zu können. Der Bauausschuß wird sich mit dem Problem der dort befindlichen Anlagen gründlich beschäftigen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

./.

Keine Konkurrenz zwischen den Rettungsgesellschaften

Hierauf nimmt Vizebürgermeister Weinberger in seiner Eigenschaft als Amtsführender Stadtrat für das Gesundheitswesen zu der Meldung einer Wiener Morgenzeitung Stellung, die einen Bericht mit den Worten überschrieb: "Mitten in Wien mußte einer elend auf der Straße sterben, weil die Rettung nicht kam!" Unter Berufung auf die Auskunft des Chefarztes des Wiener Städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes Dr. Motz bezeichnet er die Meldung als von A bis Z unwahr. Zur Zeit des Einsatzes beim Straßenbahnunglück - das sich vor mehreren Tagen ereignete und auf das in der Meldung gleichfalls Bezug genommen wurde - waren immer noch drei Wagen des städtischen Rettungsdienstes in Reserve, da zum Abtransport der Leichtverletzten der städtischen Krankenbeförderungsdienst herangezogen wurde. Im Journal ist nichts vermerkt und ein Anruf überhaupt nicht eingelangt. Auch eine Weisung, nur die städtische Rettung zu verständigen, bestehe nicht. Richtig ist, daß die Polizei die städtische Rettung vorzieht, weil diese immer mit ärztlicher Besatzung ausfährt.

Leider ist es bis jetzt trotz wiederholter Besprechungen nicht gelungen, eine vernünftige Abgrenzung der Bereiche der Städtischen Rettung und der Freiwilligen Rettungsgesellschaft, bzw. dem Roten Kreuz, zu erzielen. Die letzten Besprechungen scheinen jedoch darauf hinzudeuten, daß alles geschieht, um eine Konkurrenz zu vermeiden. Ich glaube, daß es die Pflicht unserer Stadt ist, die Verunglückten und Kranken mit eigenen Mitteln zu versorgen. Ich habe aber gar nichts dagegen, wenn nebenher noch andere Einrichtungen sich um sie bemühen. Ich hoffe sehr, daß es möglich sein wird, die angestrebte vernünftige Regelung zu erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Höhere Stipendien für die Gastärzte

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referiert sodann über einen Antrag, die Stipendien für die in den Krankenanstalten der Stadt Wien tätigen Gastärzte ab 1. März 1957 mit 1.700 Schilling monatlich festzusetzen. Dies unter der Voraussetzung, daß der Bund die Hälfte des Aufwandes hiefür der Stadt Wien refundiert. Die Sozialversicherungsbeiträge werden von der Stadt Wien geleistet. Vizebürgermeister

Honay stellt zu diesem Antrag fest, daß die Gastärzte bis zum Jahre 1951 keine Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung erhalten haben. 1951 wurde dann einvernehmlich mit dem Bund die Gewährung von Stipendien beschlossen. Die Höhe der Stipendien hat zuletzt 1.200 Schilling betragen, außerdem hat die Gemeindeverwaltung die Sozialversicherungskosten ersetzt. Zu Beginn dieses Jahres haben Verhandlungen zwischen Vertretern der Gastärzte und der Gemeindeverwaltung unter Beiziehung der Bundeskörperschaften begonnen, nach denen eine Regelung in der Form erfolgt ist, daß 150 Gastärzte von der Gemeinde Wien als Sekundärärzte angestellt und die Stipendien von 1.200 auf 1.700 Schilling monatlich erhöht wurden. Der Stadtsenat hat diesen Antrag am 2. April rückwirkend auf 1. März dieses Jahres beschlossen. Es handelt sich heute also um eine nachträgliche Genehmigung, da man die Gastärzte nicht auf den Gemeinderatsbeschluß warten lassen wollte. Das Sozialministerium hat sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt.

GR. Dr. Christoph (VO) weist darauf hin, daß seine Fraktion während der vergangenen Jahre immer wieder auf die unhaltbare Situation der Gastärzte hingewiesen habe. Die nunmehrige Lösung könne nicht als ideal bezeichnet werden, trotzdem sei sie aber ein großer Schritt nach vorwärts.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) begrüßt den Antrag und spricht von den jahrelangen Bemühungen seiner Fraktion, dieses Problem zu lösen. Es wurden schöne Erfolge erzielt, doch wäre die Zeit gekommen, dieses Problem endgültig zu bereinigen und allen Gastärzten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu geben. Auch die Bezeichnung Sekundärarzt wurde der schweren Arbeit, die diese jungen Ärzte leisten, viel gerechter als Gastarzt oder Stipendist. Man kann einen Arzt nicht schlechthin mit einem Angestellten einer anderen Berufsgruppe vergleichen. Bei der Überprüfung der Würdigkeit und Bedürftigkeit bei der Gewährung von Stipendien müßte in einer anderen Art vorgegangen werden.

Vizebürgermeister Honay stellt abschließend fest, daß man die Abweisungen von Stipendienbewerbern an den Fingern abzählen könne. Die Gemeinde Wien ist dabei immer sehr weitherzig. Wirklicher Notstand wurde noch niemals abgewiesen. Den zuständigen Beamten werde er wegen der kritisierten Art der Überprüfung Weisung geben. Daß bisher keine Gesamtlösung des Gastärzteproblemes gefunden werden konnte, liege auch an der Ärztekammer. Augenblicklich beschäftige die Gemeindeverwaltung 230 Gastärzte. Der Aufwand für ihre Stipendien betrage jährlich 4,630.000 Schilling, davon wird die Hälfte vom Bund getragen. Der von der Gemeindeverwaltung zu leistende Betrag von 2,315.000 Schilling sei auch im Gemeindebudget beachtlich. Man dürfe nicht vergessen, daß auch der Sekundararzt nicht viel mehr Gehalt bekommt als das Stipendium beträgt, wobei der Sekundararzt die Steuern allein tragen muß, während das Stipendium vollständig steuerfrei ist.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Subventionen durch die Gemeinde Wien

Stadtrat Riemer (SPÖ) referiert in Vertretung von Stadtrat Resch über die 2. Subventionsliste 1957, nach der Subventionen in der Höhe von insgesamt 145.172 Schilling gewährt werden. Es erhalten: der Arbeiter-Abstinenzantenbund in Österreich 10.000 S, die Gesellschaft zur Befürsorgung der Taubstummen und Gehörlosen von Wien, Niederösterreich und Burgenland 15.000 S, der Österreichische Guttemplerorden 1.000 S, der Verband der christlichen Hausgehilfinnen 2.000 S, der Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder 10.000 Schilling, der Wiener Fischerei-Ausschuß 22.172 Schilling, der Wiener Taubstummen-Fürsorgeverband "WITAF" 5.000 S, der Wiener Trabrenn-Verein 30.000 S, die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs 5.000 S, das Institut für Sozialpolitik und Sozialreform, Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik 2.000 S, der Asylverein der Wiener Universität 3.000 S, der Österreichische Bundesjugendring 10.000 S und der Wiener Rennverein 30.000 S. Mit Ausnahme des Institutes für Sozialpolitik und Sozialreform sind alle anderen aufscheinenden Vereine und Institutionen bereits ein- oder mehrere Male subventioniert worden.

Die beiden Beträge für den Wiener Rennverein und den Wiener Trabrennverein sind in Wirklichkeit die Ehrenpreise für die von diesen beiden Vereinen veranstalteten Rennveranstaltungen.

GR. Dr. Christoph (VO) stellt fest, daß diese Subvention für den Wiener Trabrennverein und den Wiener Rennverein bereits zum zehnten Mal gewährt worden ist. Trotz aller Argumente, die hierfür immer ins Treffen geführt werden, sei er der Ansicht, daß es in Wien Vereine und Institutionen gibt, die zum Wohle der Allgemeinheit wirken und eher eine Subvention verdienen würden. Er stellt daher den Abänderungsantrag, die Summe von 60.000 Schilling der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zur Verfügung zu stellen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der VO gegen deren Stimmen abgelehnt, der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen.

GR. Svetelsky (SPÖ) referierte sodann drei vom Stadtsenat bereits vorgenehmigte Anträge auf Ankauf von Grundstücken, und zwar eine Liegenschaft im 3. Bezirk, Eslarngasse 3, 5, 7, 9, eine Liegenschaft 21, Brünner Straße 60-62, Grundstücke, bzw. Teilgrundstücke in Strebersdorf, Hietzing und Grinzing.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

Der Gehweg über die Nordbahnbrücke

Stadtrat Thaller referierte zum Abschluß über einen Vertrag zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Stadt Wien. Die Nordbahnbrücke über die Donau ist dem Krieg zum Opfer gefallen. Nun liegt dem Gemeinderat ein Vertrag vor über die Kosten der Herstellung eines Gehweges über die Brücke, über seine Erhaltung und das Eigentum daran. Der Weg geht in das Eigentum der Bundesbahn über, doch hat die Gemeinde die Verpflichtung, für die Erhaltung des Weges, für die Beleuchtung usw., zu sorgen. Die Flüssigmachung der Kosten für den Bau erfolgt nach dem Baufortschritt der Brücke.

GR. Dr. Soswinski (VO) nimmt dieses Geschäftsstück zum Anlaß, um über den langsamen Baufortschritt der Schnellbahn der Bundesbahnen Klage zu führen. Seine Fraktion sei der Meinung, daß die zuständigen Amtsführenden Stadträte Dkfm. Nathschläger und Thaller die Pflicht hätten, diese Dinge nicht nur zu registrieren, sondern

auch Schritte zu unternehmen, damit die Schnellbahn des Bundes raschest Wirklichkeit wird. Wenn sich der Gemeinderat entschliesse, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, dann wird auch der Finanzminister gezwungen sein, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Im übrigen gab er dem vorliegenden Antrag die Zustimmung.

Stadtrat Thaller sagte im Schlußwort, wir bedauern alle, daß sich der Ausbau der Schnellbahn hinzieht. Die Gemeinde Wien ist jedoch daran nicht schuld. Er hoffe aber, daß mit der Fertigstellung des neuen Südostbahnhofes mit größerer Energie an der Schnellbahntrasse gearbeitet werden wird. Was die Nordbahnbrücke betrifft, so ist der Baufortschritt nicht langsam zu nennen. Die neue Brücke wird 1959 fertig sein.

Unter den zahlreichen Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Entwürfe und die Kosten für acht neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 816 Wohnungen und 16 Geschäftslokalen. Die Gesamtbaukosten werden mit 85 Millionen Schilling angenommen, wovon heuer noch 30 Millionen verbraucht werden sollen. Die acht Baustellen verteilen sich auf sieben verschiedene Bezirke. Mit den Bauarbeiten wird sofort begonnen.

- - -

Trauerfeier für Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Hosnedl
=====

17. Mai (RK) Eine große Trauergemeinde, darunter die Vertreter der Stadt Wien und vieler öffentlicher Körperschaften, gab heute nachmittag Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Hosnedl das letzte Geleit. An der Trauerfeier im Südwestfriedhof nahmen Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Bauer, Lakowitsch, Mandl, Resch, Riemer und Thaller, Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Mitglieder des Gemeinderates mit Landtagspräsidenten Marek an der Spitze sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Freunde des Verstorbenen teil.

Bürgermeister Jonas sprach am Grab tief empfundene Worte des Dankes für alles, was Dipl.-Ing. Hosnedl als würdiger Nachfolger der bedeutenden Stadtbaudirektoren im Dienste des Wiederaufbaues seiner Heimatstadt geleistet hat. Hosnedl besaß alle hervorragenden Eigenschaften, die vom Stadtbaudirektor der Stadt Wien verlangt werden müssen, nämlich Format, Charakter und Profil. Er hätte die vielen ihm auferlegten großen und komplizierten Aufgaben nicht so vorbildlich lösen können, wäre er nicht zugleich auch eine Persönlichkeit von ausgesprochen sozialer Prägung gewesen. Mit der Wiener Stadtverwaltung bedauern sein frühzeitiges Ableben viele tausende seiner Mitarbeiter, denen er stets ein gütiger Vorgesetzter war. Wien wird sich immer dankbar und zugleich mit Stolz Stadtbaudirektors Hosnedl erinnern.

Im Namen des Stadtbauamtes und der engsten Mitarbeiter des Verstorbenen verabschiedete sich Senatsrat Dipl.-Ing. Frey.

- - -